

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise
End in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-201
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Sonnabend

19. Juni 1926

Verlag und Anzeigenverteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-201

Der Schwindel mit Amerika.

Bestellte und gefälschte Kabelgramme — und die wirkliche Auffassung.

Die gesamte Fürstenpresse arbeitet seit Tagen mit bestellten oder gefälschten Kabelgrammen aus Amerika, des Inhalts, Amerika würde den Deutschen den Kredit sperren und sie folglich am ausgebreiteten Arm verhungern lassen, wenn das Vermögen der Fürsten enteignet würde. Inwiefern dieser Amerikaschwindel mit der „nationalen Würde“ vereinbar ist, mag die „nationale“ Presse selbst entscheiden, sie hat ja dafür das Monopol. Immerhin ist es interessant, zu erfahren, wie man in Amerika wirklich über die inneren deutschen Kämpfe denkt. Deshalb sei hier ein Aufsatz aus dem führenden Handelsblatt der New Yorker Großfinanz, dem „Journal of Commerce“ vom 9. Juni in wortgetreuer Uebersetzung wiedergegeben:

Am 20. Juni ist der gesamten wahlberechtigten Bevölkerung Deutschlands Gelegenheit gegeben, auf die Frage, ob die Forderung des Volkes auf Enteignung der Fürstentümer Gesetz werden soll, mit „Ja“ oder „Nein“ zu antworten. Als zuerst die Forderung nach einem Volksbegehren auftauchte, hatten selbst die heftigsten Widersacher gegen

wächst die Furcht der Befürwortung der Fürstenforderung vor der Volksstimme.

Der Reichspräsident Hindenburg ist im letzten Augenblick angestiftet worden.

in gewissermaßen unoffizieller Form die Enteignungsvorschläge als „Angriff auf die Grundlage des Staates und als eine Verletzung der fundamentalen Gesetze von Moral und Recht“ zu verdammen. Das sind sehr starke Worte des Reichspräsidenten, der sich bis dahin vorsichtig davon zurückgehalten hat, seine Person in den Vordergrund zu stellen. Es sind auch bedeutungsvolle Worte, denn sie beweisen, daß die Herzen aller derjenigen, die sich hinter den Reichspräsidenten gestellt haben, von Furcht ergriffen sind, daß der Volksentscheid zu ihren Ungunsten ausgehen könnte. Dadurch, daß der Reichspräsident dem Prinzip noch seine Absicht, die Unterschrift unter das Enteignungsgesetz zu verweigern, angelündigt hat, womit als Folgeerscheinung sein Rücktritt verbunden sein würde, hat er seinen gesamten persönlichen Einfluß in die Waagschale geworfen im Kampf gegen die Forderung des Volkes. Nachdem jetzt die Regierung, Kirche und alle Anhänger des monarchischen Systems in gemeinsamer Abwehrfront stehen, könnte der Sieg der Anhänger des Volksentscheides nur durch die alles niederwerfende Entrüstung des Volkes erklärt werden.

Sollte das deutsche Volk in diesem Kampf siegreich sein, so ist damit noch keinesfalls bewiesen, daß es einen Mangel an Respekt vor Eigentumsrechten aufzuweisen hat.

Der Sieg wäre einfach nur ein Beweis dafür, wie jeder Ueberlegung bar, die Politiker es unternommen haben, ein verarmtes Volk zu zwingen, ihren früheren in Mißkredit gekommenen Beherrschern Reichtümer und finanzielle Macht zuzuschanden.

Wenn ein Blatt von der führenden Stellung des „Journal of Commerce“ solche Ansichten vertritt, so ist damit bewiesen, daß alles, was die Fürstenpresse über die Haltung Amerikas erzählt hat, erstickt und erlogen ist. Wichtig ist nur, daß die Fürsten und ihre Helfer Amerika zur Kreditperre gegen Deutschland förmlich ermuntern und anreizen, wie das Wilhelm II. selbst erst kürzlich in einem Interview mit einem amerikanischen Blatt getan hat.

Die ganze Welt versteht „die alles niederwerfende Entrüstung des Volkes!“

Darum morgen „Ja, Ja und abermals Ja“!

Um die 20 Millionen.

Auf zum Volksurteil!

Morgen geht das deutsche Volk zum ersten Male zur Wahlurne, um mit dem Mittel des Volksentscheides eine einzige große Befehlsfrage zu lösen. Volksentscheid: im Worte schon liegt, worum es sich handelt. Das Parlament, das durch die allgemeine Volkswahl den Auftrag erhalten hat, die allgemeine Politik zu führen, hat in der Frage der Fürstenforderungen versagt. Nun entscheidet das Volk selbst. Es wählt diesmal nicht Vertreter, nach Parteien gruppiert, es bringt durch einfaches Ja oder Nein seinen Willen gegenüber den Fürstenforderungen zum Ausdruck.

Alle Reichstagswahlen in Deutschland, und dazu die Reichspräsidentenwahlen, haben sich unter stärkster Teilnahme der Bevölkerung vollzogen. Das deutsche Volk ist ein politisches Volk geworden. Die Erkenntnis, daß eine Reichstagswahl, die über Zusammenfassung des Parlaments und der Regierung entscheidet, bestimmend für die Interessen jedes einzelnen ist und tief in seine Lebenssphäre eingreifen kann, legt sich durch. Die Indifferenten und Unpolitischen sind ein kleiner Teil des Volkes. In den Zahlen derer, die sich an allgemeinen Wahlen nicht beteiligen, ist zudem immer noch ein großer Prozentsatz, der durch äußere Umstände, nicht durch innere Gleichgültigkeit abgehalten wird. Die politisch wollebenden Staatsbürger sind in Deutschland in der überwiegenden Mehrheit gegenüber den indifferenten Spießbürgern.

Die Zahl der Deutschen, die stimmberechtigt ist, beträgt rund 39 Millionen. Von diesen 39 Millionen stimmten in den großen Wahlen seit dem Bestehen der Republik: Nationalparlamentswahl 1919 30,4 Millionen; Reichstagswahl 1920 28,2 Millionen; 4. Mai 1924 29,4 Millionen; 7. Dezember 1924 30,3 Millionen; Reichspräsidentenwahl zweiter Wahlgang 30,3 Millionen.

Wie wird es beim Volksentscheid sein? Der Volksentscheid über die Fürstenabfindung ist eine noch stärkere Probe auf die politische Reife des deutschen Volkes als eine Reichstagswahl. Hier wirken nicht die vielfältig verflochtenen, unzählbaren Interessen, die in der Parlamentswahl durch die Abstimmung für eine Partei politischen Ausdruck und Wirkung suchen. Es gilt, eine Frage zu entscheiden, und zu beurteilen, welche Bedeutung die Entscheidung der einen Frage für die Gesamtheit der Politik als Ausdruck einer großen staatspolitischen Willensrichtung des Volkes hat. Rund 30 Millionen gehen bei allgemeinen Wahlen in Deutschland zur Wahlurne — wie viele werden es diesmal sein? Werden 30 Millionen erkennen, daß die Frage der Fürstenforderungen eine Frage des ganzen Volkes ist, daß ihre Entscheidung aufs engste verknüpft ist mit der Würde des deutschen Volkes? Wer politischen Fingerspitzengefühl hat, der weiß, daß diese Frage das deutsche Volk auf das stärkste bewegt. Nun gilt es durch überwältigende Wahlbeteiligung trotz aller reaktionären Wahlenthaltungsparolen ein Zeugnis für die politische Reife des Volkes abzulegen.

30 Millionen Deutsche von rund 39 Millionen Stimmberechtigten entscheiden in den allgemeinen Wahlen über den allgemeinen politischen Kurs. 20 Millionen Deutsche müssen mit Ja stimmen, um dem Entwurf des Gesetzes über die Enteignung der ehemaligen Fürstentümer Gesetzeskraft zu geben. 20 Millionen Ja-Stimmen, das bedeutet eine überwältigend große Zusammenfassung politischen Willens zu einem einzigen, zielbewußt auf einen Punkt gerichteten Willen. Um es klar zu machen, was 20 Millionen Stimmen bedeuten: in einer Reichstagswahl würde die Abgabe von 20 Millionen Stimmen für eine Partei eine Reichstagsfraktion dieser Partei von 333 Abgeordneten ins Parlament bringen. Diese Fraktion würde für sich allein die Regierung bilden können, sie befähigt die nicht zu brechende Mehrheit des Parlaments, sie könnte jede Verfassungsänderung im Parlament mit Zweidrittelmehrheit beschließen. Mit einem Worte: sie wäre die Vertreterin des Volkes, getragen von dem Willen und dem Vertrauen der überwältigenden Mehrheit des Volkes. Diesen einheitlichen Willen gilt es, für die Forderung der Enteignung der ehemaligen Fürstentümer zu zeigen.

Eine solche Zusammenfassung übertrifft bei weitem alle politischen Zusammenfassungen, die wir in Abstimmungen seit dem Bestehen der Republik erlebt haben. Verfolgen wir zum Vergleiche zunächst die Entwicklung der Stimmenzahl der Sozialdemokratischen Partei:

Wahlen zur Nationalversammlung	11 500 000
zum Reichstag 1920	5 600 000
4. Mai 1924	6 000 000
7. Dezember 1924	7 800 000

Fahrt man die Stimmen der Parteien, die sich vornehmlich auf die Arbeiterschaft stützen, zusammen — Sozialdemokratische Partei, Unabhängige Sozialdemokratische Partei, Kommunistische Partei — und verfolgt ihre Entwicklung, so ergibt sich das folgende Bild:

Wahlen zur Nationalversammlung	13 800 000
zum Reichstag 1920	10 900 000
4. Mai 1924	10 100 000
7. Dezember 1924	10 700 000

Schon dieser Vergleich zeigt, daß es nicht möglich ist, daß die Anhänger einer Partei oder einer Klasse die Frage der Fürstenforderungen lösen können. Das ganze Volk muß in überwältigender Mehrheit, die sonst in Parteien auseinanderfällt, sich für die Enteignung der Fürsten entscheiden. Noch weitere Vergleichszahlen, um zu erkennen, welche gewaltige Zusammenfassung des Volkswillens beim Volksentscheid erfolgen muß: bei der Reichstagswahl vom

Stahlhelmschlacht unter Schutz der Schupo.

In Halle darf der Stahlhelm ungestört provozieren.

Halle, 19. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Freitag Abend kam es in Halle anlässlich eines Transparenzumsuges, den die Kommunisten veranstalteten, zu schweren Zusammenstößen. Der Zug wurde von Stahlhelmlern, die auf sieben Autos durch die Stadt fuhren, überfallen. Nachdem die Stahlhelmer erst lauffähige Steine auf die Kommunisten geschleudert hatten, wobei zwei Leute schwer verletzt wurden, gingen sie mit Dolchen, Stöcken und Knäueln gegen die völlig unbewaffneten Demonstranten vor. Es wurden 7 Verwundete gezählt — darunter 1 Reichsbannerkamerad —, von denen einige durch Messerliche schwer verletzt worden sind. Die Schupo ließ, nachdem der Kampf sein Ende erreicht hatte, die Stahlhelmer auf ihren Autos Platz nehmen und unbehelligt davonfahren, während sie den Kommunisten die Gassen, an denen die Transparente besetzt waren, abnahmen und gegen die sich ansammelnden entrüsteten Menschen mit Gummiknäueln vorgehen.

Herriot auf der Kabinettsuche.

Grundsätzlich links — aber auch in der Mitte.

Paris, 19. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der mit der Regierungsbildung beauftragte Kammerpräsident Herriot wird zunächst versuchen, ein Kabinettskizzen vorzubringen, das sich im wesentlichen auf die Linksparteien stützt.

Ueber die Grenzen, die Herriot seinem Kabinettskizzen nach links und rechts geben wird, hat er sich gestern Abend Journalisten gegenüber in dem Sinne geäußert, daß er als ideale Basis für die Kabinettsbildung die von der „Demokratischen Linken“ im Senat angenommene Tagesordnung erblickt, in der diese Gruppe die Hoffnung ausdrückt, das kommende Kabinettskizzen möge eine „Politik der Zusammenfassung der republikanischen Linksparteien zur Durchführung der finanziellen Sanierung im wahrhaft demokratischen Sinne“ sein. Dann erklärte Herriot den Journalisten gegenüber weiter, werde er zuerst ein Programm in großen Zügen entwerfen und darauf an die Lösung der Personenfrage herantreten. Herriot wird also sein Kabinettskizzen, wenn er der Tagesordnung der Demokratischen Linken folgt, nach der Linken Mitte hin erweitern und nur die „Republikanische Union“, welche die Rechte des früheren Nationalen Blocs in der Kammer umfaßt, aus seiner Kombination ausschließen müssen. Diese Gruppe hat übrigens, ohne auch nur die Kabinettsbildung oder das Regierungsprogramm Herriots abzuwarten, in einer gestern Abend gehaltenen Entschließung Herriot bereits ihre ee-

bitterste Feindschaft angelündigt. Dagegen wird Herriot versuchen, die gemäßigten Mittelparteien der „Demokratischen Linken“ (Bokanowski und Boucheur), dann die Republikanisch-demokratische Partei (Vergues und Colrat) in seinem Ministerium aufzunehmen. Hier scheint der gefährlichste Punkt des Experiments Herriots zu liegen. Denn man muß sich bei aller Sympathie für den französischen Kammerpräsidenten immerhin fragen, ob ihm die übernommene Aufgabe gelingen wird.

Briand will nicht mehr Außenminister sein.

Paris, 19. Juni. (B.T.) Unter den politischen Persönlichkeiten, mit denen Herriot gestern Abend verhandelte, befindet sich auch Cailleau. Aus den Erklärungen Herriots geht hervor, daß die Entscheidung, ob er das Kabinettskizzen bilden könne, zweifellos nicht vor heute Abend werden erfolgen können. Uebrigens glaubt „Matin“ bereits feststellen zu können, daß in einem Ministerium Herriot Briand nicht als Minister des Aeußeren mitwirken werde, obgleich dies der Wunsch Herriots sei. Bis jetzt habe Briand sich noch nicht entschlossen, ein derartiges Angebot anzunehmen.

Der Volksentscheid verhindert den Diebstahl

Keiner darf zu Hause bleiben

7. Dezember 1924 erhielten die Parteien der Weimarer Koalition — Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum zusammen 13,9 Millionen Stimmen. Beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl wurden abgegeben:

Für Hindenburg 14,7 Mil. Für Marx . . . 13,8 Mil.
Für Thälmann 1,9
Gegen Hindenburg 15,7 Mil.

All diese Zahlen geben einen Begriff von den Dimensionen. Man erkennt daraus, mit welchen Sicherungen die Reichsverfassung den Volksentscheid umgeben hat. Sie verlangt, daß die Hälfte aller Stimmberechtigten ihre Stimme für einen Gesetzesentwurf abgeben muß, um ihn zum Gesetz zu erheben — das bedeutet Zweidrittel aller Wähler, die erfahrungsgemäß bei allgemeinen Wahlen zur Wahlurne gehen.

12,5 Millionen haben sich in die Listen für das Volksbegehren eingezeichnet, mit ihrer vollen Namensunterschrift und Adresse, ohne Rücksicht darauf, daß die Agenten der Fürsten mit Terror und Boykott drohen. Jetzt gilt es nicht mehr die Einzeichnung, jetzt gilt es die allgemeine geheime Volksabstimmung! Jetzt gilt es die Entscheidung. Zwischen Volksbegehren und Volksentscheid liegt das Versagen der Regierung und des Reichstags, liegt der Zusammenbruch des parlamentarischen Fürstenkompromisses in den verschiedenen Fassungen, liegen die bitteren Erfahrungen, die das Volk mit der Hoffnung auf eine Lösung der Fürstenfrage durch den Reichstag gemacht hat.

Jetzt bleibt nur eins: eine gewaltige Kraftanspannung des Volkes selbst, ein einheitliches Botum des ganzen Volkes von ungeheurer Wucht: 20 Millionen Ja für die Entziehung der ehemaligen Fürstenhäuser.

Eine jeder Deutsche an die Wahlurne. Ansehen und Würde des deutschen Volkes als eines politischen Volkes verpflichten ihn zur Abstimmung. Ansehen und Würde des deutschen Volkes aber als eines reifen, sich selbst nach demokratischem Recht regierenden Volkes aber verpflichten ihn zum Ja!

20 Millionen „Ja“.

Die V. V. V. bilden Stoßtrupp.

Ein Rundschreiben der „Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands“, Reichsgeschäftsstelle, Briefb. Nr. 730/26 Drg. befaßt sich mit der Gegenarbeit gegen den Volksentscheid und enthält folgende Punkte 13 und 14:

„Auch im Fall der Stimmenthaltung sind die Wahllokale zu besetzen. Stoßtrupp gegen Terrorakte müssen gebildet und bereitgehalten werden.“

Dieselben Leute, die die Terrorparole erfunden und ausgegeben haben, die sie sogar dem Reichspräsidenten unter-schieben, organisieren „Stoßtrupp gegen Terrorakte“. Das ist eine alte Methode. Man kennt die Gaunerparole „haltet den Dieb“. Aber heute läßt sich so leicht niemand mehr einschüchtern. Die Zeiten sind endgültig vorbei. Und was die „Stoßtrupp“ anlangt, von denen der „Stahlhelm“ in Halle schon Vorgequatsch geliefert hat, so kann man damit rechnen, daß diese niemand an seinem Abstimmungsrecht hindern werden!

Landbund-Terror.

Zur Entrüstung für die Hugenberg-Preffe.

Der Vorsitzende des Kreislandbundes Iüter-bog, Dr. Bille, versendet an die Gemeindevor-sitzer, die den Eid auf die Verfassung abgelegt haben, ein großes Plakat folgenden Inhalts:

„Geht nicht zur Wahl. — Bleibt zu Hause. — Wer abstimmt, unterstützt einen Raub. — Wir schreiben jeden Abstim-menden auf.“

Der Wahlauschuß.“

Diesem Plakat ist ein Brief beigelegt, in dem folgende Worte vorkommen:

„Es ist unbedingt notwendig, daß in jeder Gemeinde im Vor-raum des Wahllokals von früh bis abends, mit Ablösung, Landwirte oder Jungbauern sitzen, die jeden, der zur Wahl kommt, aufschreiben. Dadurch haben wir eine Kontrolle, wer landwirtschaftsfeindlich auf dem Lande eingestellt ist.“

Die Hugenbergpreffe hat nach dem Staatsanwalt gerufen. Hier ist Gelegenheit, den Ruf zu wiederholen. Die Landbündler organisieren den Terror im Großen. Die Industrie bezahlt ihn. Wo bleibt hier die Ent-rüstung der so leicht Entrüsteten? Gebt die Antwort auf Heuchelei und Schredensherrschaft: Stimmt mit Ja!

Wahltag und Polizei.

Ordnungsmaßnahmen des Polizeipräsidenten.

Der Polizeipräsident teilt mit:

Außer dem Bankkreis sind am morgigen Sonntag der Wittenbergplatz und der Auguste-Viktoria-Platz (Kaiser-Wilhelm-Gedächtnisstraße) für Propagandafahrzeuge poli-tischer Natur und für Umzüge gesperrt. Die Sperrung des Strafensystems um den Wittenbergplatz und Auguste-Viktoria-Platz wird von 11 Uhr vormittags bis voraussichtlich 8 Uhr nachmittags durchgeführt. Als Grenzstraßen dieses Viertels dürfen noch benutzt werden: Fasanenstraße, Augsburger Straße, Lutherstraße, Kür-fürstenstraße bis Rudolfsplatz und Auguste-Viktoria-Platz. Ansammlungen von Neu-gierigen oder von Angehörigen verschiedener politischer Richtungen können auf den genannten Plätzen aus Gründen der allgemeinen Ruhe, Ordnung und Sicherheit nicht zugelassen werden. Die Polizeibeamten sind angewiesen, derartige Ansammlungen zu zer-stören und das Publikum in Fluß zu halten.

Katholiken für Volksentscheid.

Ein Aufsatz von Dr. Erwin Riffka.

Der bekannte Berliner Windhorst-Bündler Dr. Erwin Riffka veröffentlicht in der „Berliner Volkszeitung“ einen Aufsatz, in dem er u. a. sagt:

Die deutschen Bischöfe haben in einer Rundgebung vom 1. Juni vor einer Zustimmung der Katholiken zur entschädigungs-losen Enteignung der Fürsten gewarnt. Es besteht kein Zweifel darüber, daß dieser Aufruf der Bischöfe den Charakter eines religiös und kirchlich bindenden Hirten-schreibens nicht trägt. Da wir aber fürchten, daß die Verwirrung in katholischen Kreisen angesichts der wichtigen Entscheidung am 20. Juni groß ist, fühlen wir uns aus den der Gewissensnot entspringenden Erwägungen gedrungen, für unsere Meinung öffentlich einzustehen.

Man spricht in katholischen Blättern und in der rechtsgerichteten Presse von „gefühlsmäßiger Duselei“, die weite Kreise unseres Volkes bewege, gegen den Raub der Fürsten aufzutreten. Diese Auslegung des Volkswillens ist eine unverantwortliche Verdrehung der Tatsachen und will absichtlich von den grundsätzlichen Fragen ablenken. Schöpft das arbeitende Volk nicht aus der rauhsten Praxis täglicher Arbeit und lebenslanger Not? Ist ihm nicht der tägliche Kampf um das Recht auf Arbeit, Wohnung und Familie der Bekehrer für den wahren Rechts- und Eigentumsbegriff? Wir hoffen nicht die Fürsten, weil sie Fürsten sind, sondern wir sind für das Volksbegehren gewesen und treten für den Volks-entscheid ein, weil wir angesichts der Tatsache vor Gott und unserem Gewissen gar nicht anders entscheiden können. Richtungsgebend für unsere Haltung ist die Antwort des Bischofs von Regensburg: „Bei allen Handlungen kommt es auf den Gewissensstandpunkt an. Das Urteil aber steht bei Gott.“

Der Zentrumsabgeordnete Professor Dessauer hat in seiner Partei für die Entscheidung nach dem politischen Grundlag des kleineren Übels gekämpft. Die „Rhein-Rheinische Volkszeitung“, das Zentrumsblatt Frankfurts a. M., tritt noch heute für diese Ent-scheidung ein. Trotzdem ist es in der Zentrums-partei nicht gelungen,

diese Meinung durchzusetzen. Im Gegenteil werden alle möglichen Vor-schläge gemacht, die die Grenzen der Wahrfähigkeit überschreiten. Dieses Spiel machen wir nicht mit. Auch die Drohung mit der Parteizensur wird nicht scheitern. Wir sprechen jeder Partei bei einem Volksentscheid die Berechtigung ab, Parteizensur zu verlangen. So, wie jeder Abgeordnete im Parlament vor seinem Gewissen zu entscheiden verpflichtet ist, so auch beim Volksentscheid ein jeder Staatsbürger. In dieser Entscheidung wollen wir nicht mangelnd sein, sondern beherzt und offen, ganz gleich, ob wir von überwältigenden Elementen verfehrt werden.

„Das Recht“ — so schließt Dr. Riffka — ist auf Seiten unseres Volkes und nicht auf Seiten der Fürsten. Deshalb werden wir Katholiken beim Volksentscheid mit „Ja“ stimmen.

Der beendigte Lessing-Konflikt.

Gewisse Aufnahme des Kompromisses.

Zwischen den nationalistischen Studenten und dem Kul-tusministerium ist, wie wir im heutigen Morgenblatt be-richteten, Frieden geschlossen worden. Die Staats-autorität ist insofern gewahrt, als die Disziplinarverfahren gegen die randalierenden Hochschulreife weitergehen und Lessing seine Vorlesungen in diesem Sommersemester weiterführt. Sie hat aber insofern einen Rückzug angetreten, als Lessing vom nächsten Semester ab nur die formale „venia legendi“, das Recht, Vorlesungen zu halten, und die außer-ordentliche Professur an der Hochschule in Hannover behalten soll, sein Lehrauftrag aber in einen „Forschungsauftrag“ ver-wandelt wird. Lessing behält seine bestehenden Bezüge, er erfährt durch die Erteilung des „Forschungsauftrags“ sogar eine gewisse Anerkennung — er wird aber nicht mehr lesen!

Die jetzt gefundene Lösung war die einzige, die übrig blieb, wenn das Kultusministerium vor der Schließung der Hochschule zurücktreten sollte. Wir sind auch heute der Meinung, daß dieser Entschluß der allein richtige gewesen wäre. Es gibt kein besseres Mittel, die jungen Leute zur Selbstverantwortung zu erziehen, als daß man ihr weiteres Fortkommen von ihrem eigenen Verhalten abhängig macht. Für die meisten Studenten ist der Wunsch, ihre Studien rasch zu beenden und zu einem Erwerb zu gelangen, entscheidend. Die Studenten, die studieren wollen, werden selbst für Ord-nung sorgen, sobald sie merken, daß das Treiben ihrer standal-lüsternen Kollegen für ihr Fortkommen eine Bedrohung ist.

Sollten sich Vorkommnisse, wie die in Hannover wieder-holen, dann wird der preussischen Regierung doch nur die Wahl bleiben, entweder einen festen Willen zu zeigen, der sehr rasch zum Erfolg führen wird, oder elend zu kapitulieren.

Schon jetzt ist es nicht leicht zu ertragen, daß die Studen-tenrebellion einen teilweisen Erfolg zu verzeichnen hat. Der Skandal, der sich an der Hochschule in Hannover und anderwärts ereignete, war eine Schande für Deutschland. Im Vormärz waren es die Fürsten und ihre reaktionären Minister, die die freie Forschung erdrosselten, die Liste der gemahregelten Professoren, von Wolf und Kant angefangen über Fichte, Hoffmann v. Fallersleben, die Brüder Grimm bis zu Leo Arons war endlos. Heute haben entartete Söhne des Bürgertums diese Funktion über-nommen, und was ihnen an Autorität abgeht, ersetzen sie durch Skandal. Kein Kulturstaat — gar nicht zu reden von der Republik! — kann sich solche Zustände gefallen lassen.

Wäre der Fall Lessing der Anfang einer neuen Ära, in der es von den Beschlüssen terroristischer Studentenorgani-sationen abhängt, wer an deutschen Hochschulen lesen darf, so wäre er ganz unerträglich. Ertragen läßt er sich nur in dem Gedanken, daß er eine Episode bleibt. Und daß er das bleibt, dafür zu sorgen, ist die Pflicht der preussischen Regierung.

Du bleibst zu Hause...

- Du bleibst zu Hause, indem ein Sturm über Deutschland weht, der es bis in seine Tiefen aufwühlt.
- Du bleibst zu Hause, indem Millionen auf den Barricaden der Menschlichkeit kämpfen — kämpfen für das Recht, das mit den Armen ist, für gerechte Verteilung der Güter, für Arbeitsfrieden und Republik.
- Du bleibst zu Hause, Bürger, in eingebildeter Tradition, Abgebauer Beamter, den die Standeshere umnebelt, Handwerker, unter der Diktatur der Rundschau lebend.
- Du bleibst zu Hause, Arbeiter in Stadt und Land, Genosse gleichen Leides, gleicher Entbehrung, ewiges Posthorn des Lebens, Werteschaffer und — Ausgestoßener.
- Du bleibst zu Hause, Mutter, beraubt deiner Söhne vom großen Krieg, Frau, des Mannes, Braut, des Liebsten beraubt, ihr bleibst zu Hause und heißt den Fürsten!!
- Du bleibst zu Hause, Bürger, Beamter, Handwerker, Arbeiter, Mutter, Witwe.
- Du bleibst zu Hause, du hilfst den Fürsten! Du kämpfst gegen die Millionen, die hungern in Deutschland, gegen die Kriegstrümpel, Rentner und Waisen, die von ihrer Rente weder leben noch sterben können.
- Du bleibst zu Hause, und ungezählte Kinder weinen sich hungrig in fiebrigen Schlaf, verzweifelte Mütter durchschluchzen die Nächte.
- Du bleibst zu Hause, und überall wächst die Not ins Ungemessene, die Goldsturmtyrannen steigt und die Erwerbslosen sind Legion, und kampfergöttert wartet die Reaktion, verbunden mit den Fürsten, die noch immer in Glanz und Ueberfluß leben und dir nur Hohn für dein Mitleid geben — — — und du bleibst zu Hause!!

Fürs Vaterland!

Als man uns in den Krieg schickte, sagte man uns: Es gehe fürs Vaterland! Unser Leben sollte dem Bestande des Staates sich opfern. Denn den Staat brauchten wir. Ohne ihn könnten die Menschen nicht in Ordnung und Recht, in Frieden und Ruhe leben. Nun haben wir für das Vaterland gebüht, und wir, die wir zurück-gekommen sind, sehen, was der Staat für uns Menschen bedeutet. Er bedeutet Ordnung für die, die genug, Recht für die, die die Macht haben, Frieden für die, die die Gewehre besitzen, und Ruhe für die Gegner der Republik. Wir sind verwundert, einen Staat zu treffen, wo wir ein Vaterland erwarteten! Wir fragen uns: Wo ist das Vaterland, das für uns Menschen sorgt, nachdem es uns Menschen zu Heratomben verschlungen hat? Was ist das für ein Vaterland, das noch nicht einmal ein gerechter Staat ist, geschweige denn ein Land, das wir lieben können, weil es uns wie ein Vater-land ist? Wir fragen und erhalten keine Antwort. Sollte Vater-land nichts sein, nur ein Vorwand für die Intriganten, um die Geschäfte ihres Eigenmutes zu demanteln?

Und doch gibt es ein Vaterland. Unser Vaterland ist das Land, auf das wir warten, das uns die Zukunft bringen soll. Unser Vaterland können wir selber schaffen, wenn wir den Staat zu einem Land machen, in dem die Vermitteln sich behütet fühlen. Unser Vater-land ist da, wo Menschennot durch Menschenliebe gesühnt wird. Es gibt nur eine wahrhaft vaterländische Gesinnung, die, die für die Leidenden und Armen unter den Brüdern unseres Landes sorgt. Und so kann man sagen: Was am 20. Juni geschieht, ist der erste Versuch in der Geschichte des deutschen Volkes, eine wirklich vater-ländische Tat zu vollziehen. Wohlgingt sie, so zeigt sich, daß das deutsche Volk das Wesen des echten Patriotismus noch nicht begriffen hat! Patrioten, enteignet die Fürsten!

In einem Vortrag über „Jesus oder Kunst“, der in der Buch-handlung Ferdinand Osterlag stattfand, versuchte der be-knownnte moderne Maler und Lehrer am Bauhaus zu Dessau, Raboldy-Kagg, Begriffe zu entwirren, die unter einem Aufst von Worten allmählich nahezu verloren gegangen sind. Das breite Publikum wenigstens operiert mit Schlagworten, mit denen es oft mehr oder minder willkürliche Vorstellungen verbindet, ohne damit an die Dinge selbst heranzukommen. In seinen klaren und ver-ständnisvollen Ausführungen zeigte der Vortragende, daß jedes organi-sches Gemachene Wert, jedes wirkliche Kunstwerk also, die Leistung eines Künstlers, nicht einer Kunstschöpfung oder einer Kunstgruppe darstellt. „Jemen“ sind meist vom Publikum oder von Kritikern er-funden worden, oft in der Absicht, unverständliches zu verpöten. Die künstlerische Gefolgschaft entstand dann erst gewissermaßen aus Selbsthaltungstrieb, weil man hoffen konnte, dem einzelnen Wert durch solchen Sammelbegriff eine stärkere Stütze zu schaffen, und ihm zur Anerkennung oder wenigstens zum Verständnis zu ver-helfen. Der Ueberblick über die letzten Jahrzehnte in der Malkunst, den Raboldy-Kagg zur Erklärung gab, zeigte den Weg, der zur modernen Kunst geführt hat. Das Wiedererkennen der Mittel, mit denen die Malerei arbeitet, wurde gefördert durch die Entwicklung der Photographie, die bewies, daß bloße Abbildung selbst in der Vollendung noch keine Kunst sei; ein Gemälde ist kein Bild irgend einer Sache, sondern etwas durchaus Neugeschaffenes, das seine eigenen

Kräfte und Spannungsverhältnisse hat und durch sie lebt. Bereits im Impressionismus glaubt Raboldy-Kagg deutlich diese — un-bewußte — Erkenntnis zu spüren. Die flimmernde Luft, die die Farben zerlegt, wandelt, die Konturen und Perspektiven verschiebt oder auslöscht, scheint ihm nicht eine Folge der Neueinstellung des Auges zu den Dingen, sondern zu Linien und Farben. Richtiger eine Rückkehr des Auges zu diesen vier materiellen Elementen, die in der primitivsten Kunst wie in der Kunst der höchsten Kulturen immer die Malerei bestimmt haben. Der Vortragende stellte übrigens die sogenannte „abstrakte“ Kunst nicht als das allein Richtige aller Zeiten hin, sondern er bemühte sich, die Erkenntnis zu wecken, daß diese Kunst Ausdruck der Gegenwart, des heutigen sei. Mit sehr gut gewählten Lichtbildern begleitete er seine Er-örterungen. Viele Hörer werden von diesem interessanten Abend nicht nur Verständnis für die moderne Kunst, sondern für die Kunst überhaupt gewonnen haben. Les.

Goldgewinnung aus Meerwasser. Bis her sind über 30 Patente mit 30 verschiedenen Vorschlägen zur Goldgewinnung aus Meer-wasser erteilt worden. In letzter Zeit arbeitet Prof. Haber mit be-sonderner Intensität an diesem Problem. Die Hamburg-Amerika-Linie hat dem Forscher ein besonderes Schiff zur Verfügung gestellt, das ein richtiges schwimmendes Laboratorium ist. Haber wird auf dem Atlantischen Ozean Versuche machen und dabei das Meerwasser auf Goldgehalt analysieren. Bis her ergaben die Analysen den größten Goldgehalt in der Bai von San Francisco, der ungefähr 700 Milli-gramm pro Tonne geschätzt wird. Für die polaren Wässer, die noch nicht untersucht sind, wird allerdings das Vier- und Fünffache ange-nommen. Größere Mengen zeigten sich in einigen Proben ge-schmolzenen Polarereises.

Erstaufführungen der Woche. Dienst. Kammerstücke: „Reine Louise aus Warschau“. — Donnerst. Schloßpark: „Die Schwedische Jungfrau“. — Freit. 1. d. Klosterstr.: „Der letzte Student“. — Sonnab. Schillerstr.: „Die Fahrt nach der Söhne“.

Urania-Vorträge. Mont. bis Sonn. (9): „Luo padis?“. — Mont. Dienst. (5, 7), Mittw. (3, 9), Donnerst. Freit. (5, 7), Sonnab. (5, 9), Sonn. (5, 7): „Die Biene Raja und ihre Abenteuer“. — Mont. bis Sonn. (7): „Baltische Scham“.

Die Deutsche Kunstgemeinschaft. Aus der ersten Ausstellung der „Deutschen Kunstgemeinschaft“ im Salon wurden bisher Werke folgender Künstler ver-kauf: Jacobus Bellen, Paul Grünwaldt, G. Hauer, Albert Klatt, Paul. Käse, Raboldy, Sally Krause, Herbert Kuran, Martin Müller, Gabriele Müller-Randolph, Ernst Dopler, Prof. Herman Sandtuhl, Wagnus Jeller. — Die „Deutsche Kunstgemeinschaft“ bietet mit ihren Monatszah-lungen jeder mann die Möglichkeit, gute Originalkunstwerke zu er-werben; die erste Kunstausstellung im Schloß bleibt noch bis Ende Juni reichlich von 9-7, Sonntag von 10-3 Uhr bei freiem Ein-tritt geöffnet.

Das Oldenburger Landes-theater des Verbandes der deutschen Volkshochschulvereine e. V., Berlin, Theater am Schiffbauerdamm, wird das dritte Spieljahr am 1. September 1925 beginnen. Der Spielplan soll folgende Werke umfassen: Schloßpark: „Othello“, Schiller; „Don Carlos“, Morico; „Donna Diana“, Keller; „David und Goliath“, Hoff; „Der Einsame“, Gsmann; „Water und Söhn“, Scham; „Candide“, Volt; „Das Apollonspiel“, Ganz; „Der Kerkernann aus Söhnen“, Haber; „Das Kerkern“, Kammal; Das Grabmal des unbekanntem Soldaten. Die Leitung des Theaters wird in den Händen der Herren Paul Haag und Kurt Ringer verbleiben.

Moral und Recht.

Die Geschichte einer Enteignung.

Als Bismarck unter begeisteter Zustimmung der Konservativen und der Nationalliberalen die Vermögen des Königs von Hannover und des Kurfürsten von Hessen mit Beschlag belegte, versicherte er am 30. Januar 1869 im Parlament: „Damit ist nicht gesagt, daß wir eine halbe Million geheimer Fonds brauchen können; ich hätte keine Verwendung dafür und möchte die Verantwortung für solche Summen nicht übernehmen.“ Sehr bald aber sollte sich herausstellen, daß es Bismarck an der Gelegenheit nicht fehlte, die beschlagnahmten Vermögensmassen seinen Zwecken dienstbar zu machen, und daß ihm sein Gewissen nicht verbot, sie zu benutzen.

Die Erträge des Vermögens der beiden entthronten Monarchen beliefen sich in der Zeit der Geldknappheit und eines dadurch bedingten hohen Zinsfußes auf 3 1/2 Millionen, in normalen Zeiten auf mindestens eine Million Mark jährlich. Die nach Abzug der Verwaltungskosten übrigbleibenden Summen überwies Jahr für Jahr der preussische Finanzminister dem Ministerpräsidenten, d. h. dem Fürsten Bismarck, dem allein die Bestimmung über die Verwendung oblag. Am Ende jeden Jahres erwirkte Bismarck eine königliche Kabinettsordre, die seine Verfügungen über die Geldbeträge guthieß. Sobald die Kabinettsordre ergangen war, wurden alle bei den Ämtern befindlichen Belege vernichtet. Dieses Verfahren hatte einen sehr begreiflichen Grund, galt es doch, eine zum Himmel stinkende Korruption zu verdecken. Mit den Geldern aus den Fonds zur Abwehr feind-

Bist Du für Jutta?

Dann bleibe zu Hause!

Bist Du feige?

Dann bleibe zu Hause!

Bist Du ein Fürstknacht?

Dann bleibe zu Hause!

Willst Du mehr Steuern zahlen?

Dann bleibe zu Hause!

Bist Du dagegen ein freier Staatsbürger mit Verstand, Selbstbewußtsein und Gerechtigkeitsgefühl?

Dann gehe zur Wahlurne und

Stimme mit „Ja“!

licher Unternehmungen des Königs Georg von Hannover wurden nämlich in- und ausländische Zeitungen bestochen und andere gegründet, die Wahlkosten der konservativen Partei bestritten, das Zentrum während des Kulturkampfes bekämpfte und die Sozialdemokratie in der Zeit des Sozialistengesetzes bespitzelte.

Das Tollste aber ist, daß eine Summe von nahezu einer Million Mark, die der Direktor Berg von der Reichsbank-Nebenstelle in Straßburg, der Schwiegervater des Ministers von Bötticher, veruntreut hatte, erstickt wurde — aus dem Fonds zur Abwehr feindlicher Unternehmungen des Welfenhauses. Die Reichsbank hatte den Verzicht auf eine Strafanzage von der Erstattung des Geldes abhängig gemacht, und Bismarck trug kein Bedenken, öffentliche Gelder zur Begünstigung eines gemeinen Diebes zu verwenden. Die Krone schickte er seinem Verhalten auf, als er Mitte der 90er Jahre, um dem ihm verhaßt gewordenen Bötticher etwas anzuhängen, dieses Vorkommen selbst in die Öffentlichkeit zerriß.

Die Erträge der Vermögen der beiden Monarchen reichten, so hoch sie waren, nicht aus, um den Bedarf Bismarcks an Korruptionsgeldern zu befriedigen. Deshalb wurde auch das Barvermögen des Kurfürsten von Hessen verpulvert. Dieser starb im Jahre 1875, und die Beschlagnahme seines Eigentums wurde vom preussischen Staate aufgehoben. Zu der Masse hatte eine Summe von 7 Millionen Mark gehört. Sie wurde den Erben vorenthalten. Die älteste Tochter des Kurfürsten bot den König von Preußen um die Auszahlung des auf sie entfallenden Teiles des Geldes. Wilhelm I. verwies sie auf den Rechtsweg. Sie erhob darauf bei dem Landgericht I Berlin gegen den preussischen Staat Klage auf Rechnungslegung über die Verwaltung des Vermögens ihres Vaters und auf Aushändigung der auf sie übergegangenen Quote der 7 Millionen Mark. Die preussische Regierung rief den Gerichtshof zur Entscheidung von Kompetenzfragen an und dieser verbot dem angerufenen Gericht, über die Klage zu entscheiden, erklärte also den Rechtsweg für unzulässig. Die Erben des Kurfürsten haben von dem Gelde ihres Vaters keinen Pfennig wiedergesehen!

So sehen die Begriffe von Recht und Moral aus, die die Hohenzollern aufgestellt haben. Mit derselben Strupplosigkeit verfahren sie und ihre Diener auch noch heute. Das beweist nichts besser als ihre verlogene und heuchlerische Volksentscheidungspropaganda.

Vatikan und Schwarzweihrot.

Rom, 18. Juni. (WZ.) In der Krypta der Friedesgedächtniskirche, die durch die päpstliche Initiative errichtet worden ist, fand heute ein Requiem für die Kriegesgefallenen aller Nationen statt. An dem Katafalk lagen unter trauerumflossenen Gewehrpyramiden die Fahnen sämtlicher Staaten, die am Kriege teilgenommen haben, darunter auch die rotweihrote Oesterreichs und die schwarzweihrote des kaiserlichen (!) Deutschlands. Bei der Feier waren Vertreter sämtlicher Behörden und des diplomatischen Korps anwesend.

Wenn der Vatikan damit zum Ausdruck bringen wollte, daß die deutschen Kriegesgefallenen als Opfer der Politik des kaiserlichen Deutschlands gestorben sind, so ließe sich gegen eine solche Deutung nichts einwenden. Aber natürlich handelt es sich um eine Taktlosigkeit, für die man den deutschen Botschafter beim Vatikan, Herrn von Bergen verantwortlich machen muß. Dieser kann sich nicht einmal auf den famosen Flaggenerlaß berufen, denn der Vatikan ist keine Hafenstadt.

Ergommunklerf. Der auf eigenen Antrag zum 1. April 1926 emeritierte Universitätsprofessor Dr. Josef Wittig, bisher Direktor des katholischen Seminars der Breslauer Universität, von dessen veröffentlichten Büchern fünf von der Congregation del sant' officio in Rom auf den Index gesetzt waren, ist mit der Kirchenstrafe der Exkommunikation belegt worden.

Die erste Tat des blauen Einblods ist die Aufhebung des Kriegszustandes; der Sejm hat die diesbezügliche Vorlage mit 43 gegen 20 Stimmen in dritter Lesung angenommen.

Der Mörder des polnischen Sparkassenchefs Linde, Sergeant Tazmielewski, der Linde auf der Straße erschoss, wurde zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Beurteilte erklärte, er bereue seine Tat nicht, weil Linde in verdächtiger Weise Staatsgelder unterschlagen und die Allgemeinheit auf das schwerste gefährdet habe.

Zu teuer!

Sehr vornehm sieht die Dame aus, die in dem großen und bekannten Warenhaus nach der Abteilung fragt, in der sie Fahnen und Tücher erhalten kann. Sie ist einfach gekleidet und betont in der ganzen Haltung die gewesene Offiziersfrau, die nach ein Adelsprädikat vor ihrem Namen beherbergt; ihr Sohn, ein hoffnungsvoller Unterfeldwebel begleitet sie. Die Verbeugung des Verkäufers beachtet sie kaum. So, sie wünscht ein Fahnenstück für den Strand. Ihre Stimme klingt sehr herablassend, es ist schmerzhaft, mit Beuten sprechen zu müssen, die weit unter dem eigenen gesellschaftlichen Niveau stehen. Der Verkäufer bringt ein Tuch mit den Farben der Republik. Die Dame verzicht verächtlich das Gesicht, und der Unterfeldwebel, der noch nicht Meister in der Selbstbeherrschung ist, ruft empört aus: „Schwarzweihrot natürlich!“ Auch das ist auf Lager. Ein großes Warenhaus muß eben alle Ueberzeugungen decken können. Der Verkäufer kommt endlich mit dem Fahnenstück zurück. Die Arien erheben sich. „Ist dies Original-Fahnenstück“, fragt die Dame. Rein, das sei nur Wolle. Die Dame fährt prüfend darüber und macht ein bedenkliches Gesicht. Der Sohn versucht ihr klar zu machen, daß auch Wolle für vier Wochen genügen würde. „Und der Preis?“ — 3,50 Mark, gnädige Frau. Die Dame erschrickt, sie beißt sich auf die Lippen. „Das ist sehr teuer! Bieweil kostet denn dieses Tuch?“ Verächtlich weist sie auf die Farben der Republik. „Nur 2,50 Mark, gnädige Frau. Es herrscht jetzt große Nachfrage nach schwarzrotem Gold.“ Einen Augenblick zögert die Dame, macht vielleicht schnell in Gedanken einen Kassenstrich, aber ihr Sohn hat sein finsternes Gesicht aufgesetzt. Mit den Worten: „Ich danke, ich komme morgen wieder!“ verläßt sie stolzen Gesichts, jeder Zug schwarzweihrot, die Abteilung.

Wilhelms Schußliste.

Konarchen feiern seltsame Jubiläen: Im November 1912 durfte Wilhelm II. sein vierzigjähriges Jägerjubiläum festlich begehen. Die dem Hofe nahestehende Presse beeilte sich natürlich, die Schußliste des „allerhöchsten Nimrods“ zu veröffentlichen. Danach haben S. M. in vierzig Jahren zu erlegen gerührt: 2002 Rothirische, 92 Rottiere, 1474 Damshäufler, 98 Damstiere, 3126 grobe Säuen, 316 geringe Säuen, 955 Rehböcke, 17 988 Hasen, 2686 Kaninchen, 121 Gansen, 532 Füchse, 3 Bären, 12 Eichirische, 6 Wisente, 3 Rentiere, 2 Ruffions, 6 Dachs, 1 Marder, 108 Auerhähne, 24 Birrhähne, 3 Bronzeputer, 2 Perlhühner, 38 578 Fasanen, 867 Rehbühner, 95 Grouse, 5 Schnepfen, 2 Bekassinen, 87 Enten, 826 Reiher und Kormorane, 1 Wolf, 1 Fuchs und 523 Stück verschiedenes Wild, insgesamt also 70 845 Stück Wild!

Siebzehntausend achthunderfünfundsiebzig Stück Wild sind in vierzig Jahren vor den Lauf seiner Flinten getrieben worden, damit er sie bequem abschließen konnte! Eine unheimliche Ziffer! Fünf Tiere pro Tag! Ja, mit Recht war Wilhelm unter allen echten Jägern als gemeiner Massenschlächter verrufen! Aber wie gerne würden ER und seine fürstlichen Bettlern von neuem in den deutschen Wildbeständen noch Guldinchen wüten! Das deutsche Volk wird Sorge tragen, daß die Herren hierzu keine Gelegenheit haben werden!

Sie rechnen auf die Dummheit des Volkes!

Auf welche Hilfe die Fürstentümmer beim Volksentscheid rechnen, beweist aufs neue ein Vorfall, der sich vor einigen Tagen in einem Spreewaldort zutrug. In einem Lokal sitzen eine Anzahl landwirtschaftliche Arbeiter und auch Kleinbauern. Zu ihnen gesellt sich ein gutgekleideter fremder Herr, und er läßt sich mit den Ortsanwohnern in ein Gespräch ein. Bald sind sie bei der Fürstentümmerabfindung angelangt, und der fremde Herr ist durchaus für die Enteignung der Fürsten. Er macht das auch allen Anwesenden mit drastischen Ausdrücken klar und richtet zum Schluß an sie die Frage: „Geht es uns in Deutschland vielleicht so gut, daß wir den wegelaufenen Fürsten und ihren Maitressen noch Milliarden nachwerfen können?“ Ein einstimmiges „Rein“ ist die Antwort. „Wollt Ihr vielleicht den Fürsten Abfindungen hemmeln?“ ist die weitere Frage. Wieder ertönt das einstimmige „Rein“. „Dann müßt Ihr am 20. Juni Euer Kreuz in das „Rein-Feld“ des Stimmzettels setzen“, ertönt es aus dem Munde des Fremden im Brustton der Ueberzeugung. Verblüffung und Erstaunen auf den Gesichtern der Zuhörer. Ein „besserer Herr“ sollte so in Unkenntnis über die Abstimmung beim Volksentscheid sein? Ein Arbeiter setzt nun auseinander, über was es abgeht, und es wird. Er legt dar, daß der von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands eingebrachte Gesetzentwurf, der die Enteignung der Fürsten vorseht, zur Annahme kommen muß und deshalb das Kreuz in das „Ja-Feld“ des Stimmzettels gesetzt werden muß. Nach einigem Hin und Her läßt der „bessere Herr“ sich anscheinend überzeugen. Er zahlt seine Zeche und verschwindet, begleitet von dem Gelächter der Einheimischen. Sie haben dem Agitator der Fürstentümmer bewiesen, daß sie denn doch klüger sind, als gewisse Kreise annehmen. Sie werden die ihnen durch die Verfassung gewährte gesetzgeberische Macht am 20. Juni richtig ausnützen, indem sie durch ein Kreuz im „Ja-Feld“ für die Fürstentümmer stimmen.

Die Gesundheitsbetriebe.

Immer wieder finden sich leichtgläubige Leute, denen von raffinierten Betrügnern allerlei Krankheiten suggeriert werden, die dann angeblich durch Gebete geheilt werden können. Besonders auf Hausangestellte und kleinere Leute aus dem Osten der Stadt hat es neuerdings eine 40 Jahre alte Frau abgesehen, die von der Kriminalpolizei gesucht wird. Unter dem Vorwand, Klappesiphon verkaufen zu wollen, erscheint sie bei den Frauen und sieht sie während der Verhandlung mehrmals prüfend an. Auf die Frage, warum sie das tue, erwidert sie, daß sie im Auge der Kaiserin eine Krankheit erkenne und erbietet sich, diese durch Gebete zu heilen. Sie läßt sich nun ein Stoffläppchen und Geld geben, näht angeblich das Geld in den Stoff ein und ordnet an, daß die „Patientin“ das Päckchen zu einer bestimmten Stunde an einem bestimmten Ort niederlegen solle. Erst, wenn sie längst verschwunden ist und die neugierigen Frauen das Päckchen öffnen, müssen sie zu ihrem Leidwesen feststellen, daß die „Gesundheitsbetriebe“ das Geld mit wertvollen Papierstücken vertauscht hat. Jetzt erst haben die Gefoppten Grund, sich krank zu fühlen — vor Kummer.

25 Arbeitnehmer des Café Viktoria (früher Café National) in der Friedrichstraße bitten uns um Veröffentlichung des folgenden: Borgestern Abend wurde durch die Polizei das Café Viktoria (das frühere Café National) geschlossen. Als Grund wurde uns angegeben, daß am letzten Sonnabend die Polizeistunde überschritten wurde, und daß am gleichen Tage zwei Beamte in den Räumen des Cafés eine Tasse Kaffee erhalten hätten. Jeder im Gastwirtsgerwerb Beschäftigte weiß, daß die Beamten ein Glas Bier, Zigarre oder ähnliches erhalten. Es ist noch niemand eingekerkert, dieses für eine Beistellung zu halten. Durch eine Laune der zuständigen Herren liegen wir brotlos auf der Straße, und müssen um Arbeitslosenunterstützung nachsuchen. Wir Angestellten können bezeugen, daß seit 1/2 Jahren streng darauf geachtet wurde, daß keine polizeilichen Vorschriften übertreten wurden.

Ein Nachspiel der Winterunruhen.

Im Winterprozeß, der in Trier stattfand, wurde jetzt das Urteil gefällt. 12 Angeklagte wurden freigesprochen. Von den übrigen Angeklagten erhielten vierzehn wegen schweren Landfriedensbruchs Gefängnisstrafen von 6 bis 8 Monaten und vier wegen Landfriedensbruchs Gefängnisstrafen von 3 Monaten. Fünf der Beurteilten erhielten dreijährige Bewährungsfrist zugesprochen. Die Beurteilten nahmen das Urteil an. In der Begründung erklärt das Gericht, es habe bei dem Strafmaß Milde

wollen lassen, da die Angeklagten ursprünglich keine Demonstration gegen den Staat geplant und ihre Vergehen sich aus einer drückenden Notlage heraus entwickelt hätten. Auch sei berücksichtigt worden, daß die Angeklagten bisher unbefehlten waren.

In zwölfter Stunde.

Zu einer großen Kundgebung im großen Saal der Neuen Welt hatten gestern die Reichstagsgenossen aufgerufen. Schon in den Nachmittagsstunden sammelte sich das Reichsbanner am Ringbahnhof Neukölln zu einem Umzuge mit Krust und vielen Transparenten, die für das Ja des Sonntag werden sollten. Landtagsabgeordneter Genosse Otto Raier war in der Lage, eingehend und sachlich die Vorgänge darzustellen, die sich bei den Abstimmungsverhandlungen des preussischen Staates mit den Vertretern des ehemaligen Herrscherhauses abgespielt haben. Finanzminister Dr. Richter hat die Verhandlungen geführt und brach selbst die Verhandlungen ab, weil die Vertreter unseres „Landesvaters“ Wilhelm immer unverhältnismäßige Forderungen stellten. Mit der Aufzählung, den letzten Tag noch aufs äußerste zu nützen, schloß der Redner seine Ausführungen. Einmütig brachte die Versammlung ein Hoch auf die Sozialdemokratie aus.

Kreis Tiergarten und die Sozialistische Arbeiterjugend veranstalteten gestern einen Demonstrationsumzug. Die Beteiligung war eine ganz außerordentliche. Treffpunkt war der Kleine Tiergarten, abends 6 1/2 Uhr, doch war kurz nach 6 Uhr der Platz dermaßen überfüllt, daß der Zug kaum imstande war, sich zu formieren. Jungens und Mädels verteilten Werbezettel unter das Publikum, das in dichten Scharen den Platz umdrängte. Einer hatte mit viel Humor und Kunstfertigkeit sein ganzes Fahrrad mit „Inflationkapitalien“ dekoriert. An den Radspeichen, an den Pedalen, an der Lenkstange, überall prangten die „wertvollen Gelder“. Mit einem kräftigen Schindra setzte die Musik des Reichsbanners ein und der ungeheure Zug kam in Bewegung. Er nahm seinen Weg durch die Strom-, Turm-, Bredow-, Birken-, Lübeck-, Straß-, zurück nach der Turmstraße, durch die Rathenower Straße nach dem Stephansplatz. Alles, was Seine und Zeit hatte, schloß sich noch unterwegs dem ungeheuren Zuge an. Anschließend an diese Demonstration fand im Artushof ein Vortrag der Genossin Wachenheim statt. Der kleine Saal konnte all die Menschenmassen gar nicht aufnehmen und viele mußten wieder gehen.

Die riesige Aula der Uhländerschule in der Kolonnenstraße war dicht gefüllt. Rote Banner und die republikanische Flagge schmückten das Podium. Genosse Jochert, R. d. L., wies unter anderem darauf hin, daß die Regierungsperiode Wilhelms II., des angeblichen Friedenskaisers, einer einzigen Katastrophe gegliedert habe. Er ließ sich gern „Landesvater“ nennen, im übrigen befohl er seinen Rekruten, auf Vater und Mutter zu schießen. Nicht Diebstahl am Eigentum der Fürsten, sondern Diebstahl am Volksvermögen steht am Sonntag auf dem Spiel. Das höchste Gebot der SPD ist die Wohlfahrt des Volkes, deshalb ermahnt sie alle Deutschen: Stimmt mit Ja! Die Versammlung brachte ein Hoch auf die Partei aus und sang beim Auseinandergehen begeistert die Internationale.

Eine stark besuchte Versammlung hielten gestern Abend die Riederhühner Genossen im Schloß Schönhausen ab. Vorher machte das Reichsbanner einen Umzug, dem sich Hunderte unterwegs anschlossen. Genosse Herlich wies als Referent auf die große Not hin, die jetzt in ganz Deutschland, besonders aber in den großen Städten vorhanden ist. Es ist unerhört, daß die Fürsten es wagen, angesichts dieser großen Volksnot ihre unverhältnismäßigen Forderungen an das verarmte Volk zu stellen. Wo ist hier Moral und Gerechtigkeit? Will sich die Republik erhalten, muß sie die Enteignung durchführen. — In der Aussprache richtete auch ein Vertreter der Kriegsbefehlshaber die Aufforderung an die Versammelten, mit Ja zu stimmen.

Frontsoldaten gegen Hindenburg.

In einer stark besuchten Versammlung in der Stadthalle Klosterstraße nahmen am Freitagabend republikanische Frontsoldaten gegen den Hindenburg-Brief an Voebel Stellung, der befallentlich vielen Millionen Deutschen „Recht“ und „Moral“ abspricht. Einberufer der Kundgebung war die Arbeitsgemeinschaft entschiedener Republikaner. Weber, der erste Redner, bezeichnete den Hindenburg-Brief als einen Schlag ins Gesicht der breiten Massen der Frontsoldaten. Der Reichspräsident habe am deutschen Volke einen Disziplinbruch begangen. Der parteiliche Fürstentümmerbrief war ein Disziplinbruch „vor versammelter Mannschaft“ und gerade vom soldatischen Standpunkte aus eine beispiellose Infortsetzung. Unsere Antwort darauf ist am 20. Juni ein millionenfaches Ja!

Die Diskussion ergab Uebereinstimmung in diesem Sinne.

Die Hochwassergefahr in Deutschland.

Eine verhinderte D-Zug-Katastrophe.

Reichenbach, 19. Juni. (Eigener Bericht.) Durch das zweimalige katastrophale Hochwasser in Nordböhmen, das eine Menge Verkehrsunterbrechungen zur Folge hatte, wurden die Eisenbahndämme mehrfach beschädigt, so daß gründlichste Prüfung nötig sein wird. Als am 18. Juni der Böderhsnellzug Eger—Karlsbad—Leipa—Reichenbach schon nahe war, wurde am Fuße des Sechsenberges bei Bahnhof Kriesdorf durch eine zufällig vorfahrende Maschine ein Damm ruiniert, der nach Durchfahrt eines Zuges eingetreten war und in den großen Wasserfluten der Vortage seine Ursache hatte, bemerkt und der Schnellzug rechtzeitig angehalten. Der Verkehr wird 24 Stunden ruhen und wird durch Umsteigen aufrechterhalten.

Konstanz, 19. Juni. (WZ.) Der Konstanzer Bege zeigt mit einem Stand von 5,20 Meter ein Steigen des Hochwassers um 5 Zentimeter an. Das Wasser steht hart am Rande des Stadtparkes. Der Bege von Steinhorn (Schweiz) zeigt 5,30 Meter. Das Dollmatinger Ried ist vollständig überschwemmt. Die Dampfschiffahrt auf dem Bodensee gestollet sich immer schwieriger, da auch die Anlegestellen vom Wasser teilweise überflutet werden. So ist die Landungsbrücke von Unter-Uhlingen schon fast ganz überschwemmt. In Ueberlingen steht die Löwenbrücke unter Wasser und muß gegen das Fortschwemmen geschützt werden.

Liebenwerda, 19. Juni. (WZ.) Der Damm der Räder ist gestern bei Würdenhain gebrochen, das Land ist kilometerweit überflutet. Würdenhain ist geräumt. Schutzpolizei aus Torgau, die Reichswehr aus Dresden sowie freiwillige Organisationen und die Feuerwehren der gesamten Umgebung versuchen, die 20 Meter breite Bruchstelle zu verstopfen, bisher ist dies noch nicht gelungen. Die Elster ist in der Nacht erneut gestiegen, wette fruchtbarere Landstrecken zwischen Elster und Pälzisch stehen unter Wasser, die Ernte im Kreise Liebenwerda ist zu einem erheblichen Teil vernichtet.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

24. Wkt. Parteiführer und Beihilfer der 1. Gruppe treffen sich heute Abend 7 Uhr bei Köhler, Immanuelstr. 17.
25. Wkt. Sämtliche Genossen und Genossinnen treffen sich morgen, Sonntag, den 20. Juni, nachmittags 1 Uhr, zu einer wichtigen Ausarbeitung bei Müller, Warthauer Str. 17.
26. Wkt. Sonntag, den 20. Juni, früh 7 Uhr, im Uebungslokal Bush, Köhler Str. 27, Einleitung in den Wahlarbeiten.
27. Wkt. Schlußwort. Sonntag nachmittags 7 Uhr müssen alle Genossen und Genossinnen zur Wahlliste im Rathausamt erscheinen.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Wochenbeirat Reichshausstr. heute, Sonntag, 19. Juni, Sonntagmorgen auf dem Goetheplatz in Reinickendorfer-Bell. Treffpunkt 10 Uhr August-Willisau, Ecke Berliner Straße. Erklären aller in Uebung. Sonntags für guten Besuch. Vorher Beilegung an dem Umanu bet Partei. Treffpunkt 1/2 Uhr Bahnhof Schönewald und Tegel, Dorskau.

Gewerkschaftsbewegung

Jahresbericht der Berliner Metallarbeiter.

Der kürzlich erschienene Jahresbericht der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes für 1925 trifft in seinem Vorwort folgende Feststellungen:

In allen Betrieben, die mit dem Versuch amerikanischer Produktionsmethoden vorangegangen sind, war das Ergebnis nicht eine Mehrbeschäftigung von Arbeitern, sondern umfaßende Entlassungen, weil in den verschiedensten Produktionsgebieten infolge der Umstellung der Produktionsmethode die gleiche Produktion teilweise mit der Hälfte der Belegschaft hergestellt werden konnte. Für die Arbeitsleistung des übrigen Teiles war keine Beschäftigung vorhanden, weil die Aufnahmefähigkeit des deutschen wie des europäischen Marktes eine Grenze in der Kaufkraft der deutschen wie der europäischen Bevölkerung hat. Trotz der Senkung der Herstellungskosten, die doch zweifellos mit der Mechanisierung verbunden ist, ist im allgemeinen von einer Preisentwertung nichts zu spüren. Die deutsche Wirtschaft an den Rand des Verderbens bringende Preispolitik der Kartelle der deutschen Unternehmer macht eben eine Preisgestaltung, die den wirtschaftlichen Bedürfnissen und Notwendigkeiten entspricht, unmöglich.

Die alle Industriezweige erfassende Wirtschaftskrise wirkt sich natürlich auch auf

Die Mitgliederbewegung

in den Organisationen aus. Stieg auch die Zahl der Mitglieder von 54 028 am Ende des Jahres 1924 auf 62 349 Mitglieder am Schlusse des 1. Quartals, was einen außerordentlichen Aufschwung bedeutet, so ist doch bei einem Mitgliederbestand von 61 564 zu Ende des Berichtsjahres ein Stillstand in der Mitgliederbewegung zu verzeichnen. Eine Tabelle gibt Aufschluß über die Dauer der Organisationszugehörigkeit der Mitglieder. Von den Mitgliedern, die bis einschließlich 1914 der Organisation bereits angehört, zählen heute noch 13 192 zum Verbande. Wenn man auch berücksichtigt, daß ein großer Teil der alten Mitglieder im Kriege gefallen, an den Kriegsfolgen oder infolge Alters gestorben ist und andere ausgeschiedene Mitglieder nach der Inflation wieder neu eintraten, so ist doch die starke Fluktuation sehr bedauerlich. Nach dem rapiden Mitgliederrückgang infolge der Inflation und der somnolenten Spaltungspolitik war es natürlich sehr schwer, die stark dezimierte Organisation wieder aufzubauen. Doch der Ortsverwaltung ist es gelungen, die Mitgliederzahl wieder auf eine ansehnliche Höhe zu bringen. In ihrer hinreichend bekannten Bescheidenheit schreiben die Kommunisten den Wiederaufstieg der Organisation ihrer Tätigkeit zu, veräumen dabei aber nicht, der Ortsverwaltung vorzuwerfen, deren angeblich falsche Politik verhindere das Aufblühen der Organisation. Die Kommunisten haben allerdings die Parole ausgegeben:

Hinein in die Gewerkschaften!

„Treibt Opposition!“ Die Zusammenkunft der Generalsammlung zeigt aber, daß die neugewonnenen Mitglieder nicht dieser Parole, sondern ihrer Vernunft gefolgt waren. Trotzdem seit 1923 etwa 31 000 Mitglieder neu eingetreten sind, ist das Verhältnis der politischen Richtungen in der Generalsammlung ungefähr das gleiche geblieben.

Die Kassenkasse konnte ihren Kassenbestand von 19 624,73 Mark zu Beginn des Jahres auf 134 977,31 M. erhöhen. Die Gesamteinnahme der Verwaltungsstelle Berlin betrug 2 052 214,40 M. oder 33,33 M. pro Mitglied. Davon wurden allein an Unterführungen 779 118,10 M. oder pro Mitglied 12,65 M. ausgezahlt. Interessant ist auch die Aufstellung über die Ursachen der Erkrankungen und Todesfälle. Von insgesamt 11 633 Erkrankungen beruhten allein 1473 auf Gehirn- und Rückenleiden und 1345 auf Lungenleiden und Tuberkulose; 264 Mitglieder erlitten Lungenleiden. Die vermehrte Arbeitslosigkeit macht sich auch in einer regen Benutzung der Verbandsbücherei bemerkbar, wobei Unterhaltungslektüre dreimal so viel entliehen wurde als wissenschaftliche Werke.

Die rege organisatorische und agitatorische Tätigkeit der Verwaltung spiegelt sich in den vielen ausgeführten Versammlungen wider. Versammlungen, Sitzungen und Konferenzen wurden abgehalten: in den Gruppen 66, in den Branchen 6632 und in den Bezirken 9793. Der größte Teil des Berichtes ist den einzelnen Lohnbewegungen in den Branchen und Betrieben gewidmet. Erwähnt sei noch, daß im Berichtsjahr 1859 Mitglieder auf eine

fünfundzwanzig- und mehrjährige Organisationszugehörigkeit zurückblicken. Hoffen wir, daß die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes auch dieses Jahr, das bis jetzt ein noch schwärzeres ist als das vorige, gut überstehen wird, um den unausbleiblichen Kämpfen, die dieser Krise folgen müssen, voll gewachsen zu sein. Den Unorganisierten aber muß immer wieder zugerufen werden: Hinein in den Verband!

Friede in der Herrenkonfektion?

Die Arbeiter nehmen den Schiedspruch an.

Die im Deutschen Bekleidungsarbeiterverband organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen der Herrenkonfektion nahmen gestern in einer sehr gut besuchten Versammlung in den Residenzjahren zu dem im Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedspruch Stellung. Genosse Plog vom Hauptvorstand zog einen Vergleich zwischen den Forderungen der Unternehmer und dem von uns in der heutigen Morgenausgabe bereits mitgeteilten Schiedspruch der ihren unversämten Forderungen leider in einigen, wenn auch nicht wesentlichen Punkten entgegenkommt.

Im allgemeinen kann man sagen, daß es den Konfektionsarbeitern, dank ihres entschlossenen Widerstands, gelungen ist, den brutalen Angriff der Unternehmer in der Hauptsache abzuschlagen. Notwendig sei es aber, daß die Konfektionsarbeiter auf die Innehaltung der durch den Schiedspruch festgelegten Löhne und sonstigen Bestimmungen achten. Die Unternehmer werden ganz bestimmt versuchen, die schlechte Geschäftslage zu benutzen, um trotz Schiedspruches die Löhne und Tarifpositionen zu verschlechtern. Jedes derartige Vorgehen der Unternehmer müsse sofort der Organi-

lation gemeldet werden, damit diese dagegen einschreiten kann und auch Material bekomme, um den Unternehmern bei künftigen Verhandlungen ihre „Tariffreue“ beweisen zu können. Es muß jedenfalls dahin gewirkt werden, daß die Reihen der Organisation aufgefüllt werden und die Organisation noch schlagkräftiger wird.

Die Unternehmer werden — wenn sie jetzt den Schiedspruch annehmen — bestimmt nach Ablauf der Verträge wieder versuchen, zu ihrem diesmal nicht erreichten Ziel zu gelangen. Es heißt darum, sich auf diesen kommenden Angriff der Unternehmer vorzubereiten.

Mit welchen unläutereren Mitteln die Unternehmer die Arbeiter ihrem Diktat gefügig machen wollten, zeigte der Vorsitzende der Berliner Zahlstelle, Genosse Lehmann. Die Arbeitsämter wurden von den Unternehmern geradezu bestürmt, um die Entziehung der Erwerbslosenunterstützung für die Arbeiter zu erwirken, die die Unterschrift unter die vorgelegten Revoche verweigert hatten und deshalb entlassen wurden. Sie verstiegen sich bei den Arbeitsämtern zu der frechen Behauptung, daß es sich bei den Differenzen um gar keinen Tarifbruch handle, sondern es solle nur ein schon bestehender Zustand sanktioniert werden. Er-

Fahnen heraus!

Am Tage des Volkenschieds zeigt die Fahnen der Partei und der Republik!

freudlicherweise haben die meisten Arbeitsämter, auch im Reich, diesen Einfüsterungen kein Gehör geschenkt und die Unterstützungen gezahlt.

Die geheime Abstimmung ergab die Annahme des Schiedspruches mit Mehrheit. Die Stellungnahme der Unternehmer steht noch aus. Die Versammlungen beschloßen, in allen Betrieben, wo es zu Arbeitsentstellungen gekommen war, am Montag die Arbeit wieder aufzunehmen, falls die Unternehmer bis dahin den Schiedspruch ebenfalls angenommen haben.

Die Arbeitslosigkeit in den ADEB-Verbänden.

Nach dem Stande vom Ende Mai.

Während die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger vom 1. Mai bis Ende Mai von 1 781 152 auf 1 744 539 zurückgegangen ist, hat sich die Zahl der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder um 18,7 Prozent der Mitglieder auf 18,2 gesenkt. Dabei verzeichnete die amtliche Statistik am 1. Juni 10,5 vollunterstützte Erwerbslose auf je 100 Kronenlohnempfänger.

Die „Gewerkschaftszeitung“ hat die Arbeitslosenziffern der einzelnen Verbände in einer Tabelle zusammengestellt. Die Schuhmacher stehen mit 35,2 Proz. männlichen Arbeitslosen obenan und haben außerdem 37,4 Proz. Kurzarbeiter zu verzeichnen. Die Textilarbeiter haben zwar nur 19,9 Proz. an Arbeitslosen zu verzeichnen, stehen aber in der Kurzarbeit mit 50,9 Proz. an erster Stelle. Bei den Hutarbeitern hat die Beschäftigungsmöglichkeit sich wesentlich verschlechtert, so daß die Zahl der Arbeitslosen von 18,4 auf 36,4 verdoppelt wurde. Die weiblichen Arbeitslosen stehen hier mit 43,9 Proz. obenan. Sattler, Tapetier und Portefeuilleur stehen mit 31,7 Proz. in erster Reihe. Ihnen folgen die Holzarbeiter mit 28,9 Proz. Arbeitslosen, die Dachdecker mit 28,2, die Tabakarbeiter mit 27,8 und die Lederarbeiter mit 23,8 Proz. Die Bekleidungsarbeiter weisen 23,2 Arbeitslose von 100 Mitgliedern auf. Die Bauarbeiter, die nicht einen einzigen Arbeitslosen haben dürfen, haben nur einen geringen Rückgang von 26,7 auf 22,9 Proz. zu verzeichnen. Die Metallarbeiter haben eine Verschlechterung von 19,7 auf 20,6 zu beklagen, während die Arbeitslosen bei den Kupferhändlern von 24,8 auf 22,5 zurückgegangen sind. Die übrigen 18 Verbände halten sich unter dem Durchschnitt von 18,2.

Allgemeine Schlüsse lassen sich aus den Hundertziffern der Verbände, unter denen die Bergarbeiter fehlen, natürlich nicht ohne weiteres ziehen. Im einzelnen kommt es auf die Bedeutung der Verbände für das Wirtschaftsleben an — 20,6 Proz. arbeitsloser Metallarbeiter sind schwerwiegender als 36,4 Proz. arbeitsloser Hutarbeiter —, dann aber darauf, wie groß der Anteil der von der Organisation erfassten Beschäftigten ist.

Die Kurzarbeiter weisen nur eine Abnahme von 597 860 auf 567 333 auf, d. i. von 18,4 auf 17,9 Proz.

Don je 100 Kurzarbeiter arbeiteten verkürzt:

Arbeitsstunden	Ende Mai	Ende April	Ende März	Ende Febr.
1 bis 8 Stunden	23,2	22,5	21,8	21,3
9 bis 16 Stunden	31,7	30,9	31,1	31,6
17 bis 24 Stunden	32,9	32,9	33,3	33,6
25 und mehr	12,2	13,7	13,8	13,2

Im Abbau haben unsere „Wirtschaftsführer“ ein so starkes Talent gezeigt, daß wir für den Wiederaufbau nicht viel von ihnen erwarten können und noch geraume Zeit mit einer großen Arbeitslosenziffer zu rechnen haben.

Die Entlassungen der Staatlichen Porzellanmanufaktur.

In der Angelegenheit der im Januar von der Staatlichen Porzellanmanufaktur entlassenen Maler, über welche wir feinerzeit berichteten, ist nun eine, für das Schicksal der Betroffenen erfreuliche Entscheidung gefallen. Das unter dem Beistand des Porzellanarbeiterverbandes angerufene Gewerbegericht hatte bereits die Feststellung getroffen, daß die Gefündigten Lebensstellung hatten, ohne allerdings die bestimmte Formulierung der Wiedereinstellung zu treffen. Der Arbeiterrat hatte außerdem an die zuständigen Ministerien und die Fraktionen des Landtags eine Eingabe gerichtet, in der das Ungerechte der Entlassung von Leuten, die z. T. bereits pensionsberechtigt sind und wo anders kaum ein Unterkommen finden dürften, ausführlich dargelegt und um Abstellung erjucht wurde.

Bei der jetzt erfolgten Einberufung zeigte sich, daß die Initiative der gewerkschaftlichen und betrieblichen Vertretung insofern nicht vergeblich war, als der Landtag beschloß, die Entlassenen wieder

einzuwickeln. Es ist zu wünschen, daß die nun bereits ein Hoff- und Jahr Erwerbslosen die Auswirkung des Beschlusses bald zu merken bekommen, und nicht noch auf die Folter eines endlosen Instanzenzuges gespannt werden.

Arbeitszeitverlängerung und Lohnabbau.

Die Bedingungen der englischen Grubenbesitzer.

London, 18. Juni. (W.B.) Den Blättern zufolge werden die neuen Arbeitsbedingungen, die die Grubenbesitzer auf der Grundlage des Achtstundentages anbieten wollen, von der Vereinigung der Grubenbesitzer nicht dem Bergarbeiterverband übergeben werden, sondern in den einzelnen Bezirken bekanntgegeben werden, weil die Führer des Bergarbeiterverbandes einstweilen eine sofortige Verlängerung der Arbeitszeit oder eine Verminderung der Löhne nicht in Erwägung ziehen wollen, und weil die Grubenbesitzer in den verschiedenen Bezirken individuell die Verantwortung für ihre Vorschläge tragen müssen. Die Bekanntmachungen werden dahin lauten, daß die Arbeiter zu den betreffenden Bedingungen sofort die Arbeit aufnehmen können.

„Financial Times“ zufolge werden die Bergwerksbezirke in drei Gattungen eingeteilt werden und zwar 1. in solche, in denen bei einer achtstündigen Arbeitszeit keine Lohnherabsetzung eintreten wird; 2. in solche, in denen die Lohnherabsetzungen etwas unter 10 Proz. betragen werden und 3. in solche, in denen sie wahrscheinlich nicht erheblich über 10 Proz. hinausgehen werden. Wie das Blatt weiter meldet, wollen die Grubenbesitzer den Arbeitern soweit als irgend möglich entgegenkommen und mindestens 50 Proz. der Bergwerke in die erstgenannte Gattung aufnehmen.

Wirtschaftliche Folgen des englischen Bergarbeiterstreiks

London, 19. Juni. (W.B.) Den Blättern zufolge macht sich die Wirkung des Kohlenstreiks bei der Industrie immer mehr fühlbar. Gestern sind Mitteilungen über eine weitere Verminderung der Belieferung mit Kohlen und über eine Rationalisierung der Gaslieferung für den Hausgebrauch bekanntgegeben worden. In Glasgow wird am Sonntag nur dreimal am Tage ein bis zwei Stunden Gas zum Kochen und Heizen abgegeben werden.

Die Gesamtbestellungen der schwedischen Staatseisenbahn in Höhe von 250 000 Tonnen für Juli bis Oktober sollen nach Blättermeldungen an die westfälischen und schlesischen Gruben gegangen sein. Der Daily News zufolge sind diese Bestellungen früher immer nach North-Humberland und Schottland gegeben worden. Der Daily Mail zufolge haben die Bergleute bisher an Lohnausfällen eine Einbuße von 24 Millionen Pfund Sterling erlitten, während der Ausfall in der Kohlenförderung 37½ Millionen Tonnen beträgt. Der indirekte Verlust durch den Bergarbeiterstreik wird auf 250 Millionen Pfund Sterling geschätzt. Bisher seien aus dem Ausland etwa 350 000 Tonnen Kohlen nach England eingeführt worden, jedoch würden sich die ausländischen Zugänge in den nächsten Wochen ganz bedeutend vermehren.

Amerikanische Hilfsgelder für die englischen Bergarbeiter.

New York, 19. Juni. (W.B.) Der Bolszugsausschuß des amerikanischen Gewerkschaftsbundes hat seine Ortsgruppen aufgefordert, weitere Sammlungen für die englischen Bergarbeiter zu veranstalten.

Sport.

Der gestrige Meisterschaftsbokamp.

Der gestrige Bokamp um die deutsche Schwergewichtsmeisterschaft zwischen Paul Samson-Körner und Franz Diener, aus dem Diener nach Punkten als Sieger hervorging, hat die Gemüter der Berliner Borgemeinde erregt. Es mehren sich jetzt in der Öffentlichkeit die Stimmen, die starken Zweifel an der Objektivität des Urteils hegen. Allgemein wird gesagt, daß ein „Unentschieden“ dem tatsächlichen Ausgang des Kampfes besser entsprochen hätte. Man spricht von einem moralischen Sieg Samson-Körners. Auch Hans Breitensträter, der den Kampf in allen Phasen als Zuschauer miterlebte und diesen genau beobachtete, vertritt offen die Ansicht, daß ein „Unentschieden“ nach dem Kampferlauf gerechter gewesen wäre. In den Bericht selbst in unserer heutigen Morgenausgabe hat uns der Druckfehler-Teufel übel mitgespielt. Statt „das Schiedsgericht verkündet unentschieden“, muß es natürlich heißen „das Schiedsgericht verkündete den Punktsieg Dieners“.

Theater der Woche.

Vom 20. Juni bis 28. Juni 1926.

Bellshöhe: Der blühende Michel. — **Kraus-Opetz:** 20. Alpenbären. 21. Der Dieb des Glases. 22. Die Teufel. 23. Waldfrau. 24. Fortis Gebirgs. 25. Der Kosenknecht. 26. Die verkaufte Braut. 27. 11½ Uhr vorm. Balletmatinee: „Balletmatinee“ und „Balletmatinee“; ebenfalls Rigoletto. 28. Carmen. — **Schauspielhaus:** 20. 21. 22. 23. 24. 25. Die Welt, in der man sich langweilt. 26. Herodes und Mariamne. 27. Der Mann im Mond. 28. Die Welt, in der man sich langweilt. — **Schauspielhaus:** 20. 21. 22. 23. 24. Michel und die 36 Ceroden. 25. Schindler und der verdorrte Kaktus. 27. und 28. Fahrt nach der Höhe. 26. Arthur-Brück. — **Deutsches Theater:** Das Gef. — **Reinhold-Theater:** 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — **Reinhold-Theater:** 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — **Reinhold-Theater:** 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — **Reinhold-Theater:** 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — **Reinhold-Theater:** 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — **Reinhold-Theater:** 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — **Reinhold-Theater:** 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — **Reinhold-Theater:** 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — **Reinhold-Theater:** 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — **Reinhold-Theater:** 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — **Reinhold-Theater:** 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — **Reinhold-Theater:** 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — **Reinhold-Theater:** 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — **Reinhold-Theater:** 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — **Reinhold-Theater:** 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — **Reinhold-Theater:** 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — **Reinhold-Theater:** 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — **Reinhold-Theater:** 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — **Reinhold-Theater:** 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90